

PROTOKOLL

STADTPARLAMENT

31. SITZUNG

DATUM **Donnerstag, 10. März 2022**
DAUER **18:15 Uhr – 20:30 Uhr**
ORT Stadthausaal, Effretikon

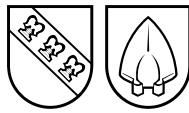
TEILNEHMER/INNEN

VORSITZ Parlamentspräsident Kilian Meier, Mitte

PROTOKOLL Parlamentssekretär Marco Steiner

ANWESEND MITGLIEDER DES STADTPARLAMENTES (34)

Annina Annaheim, SP
Ralf Antweiler, GLP
Simon Binder, SVP
Beat Bornhauser, GLP
Arie Bruinink, Grüne
Yves Cornioley, SVP
Stefan Eichenberger, FDP
David Gavin, SP
Hansjörg Germann, FDP
Urs Gut, Grüne
Stefan Hafen, SP
Regula Hess, SP
Thomas Hildebrand, FDP
Daniel Huber, SVP
Nicole Jordan, SVP
Daniel Kachel, GLP
Michael Käppeli, FDP
Ueli Kuhn, SVP
Katharina Morf, FDP
Lukas Morf, JLIE
Maxim Morskoi, SP
Matthias Müller, Mitte
Roman Nüssli, SVP
Paul Rohner, SVP
Brigitte Röösl, SP
Thomas Schumacher, SVP



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

René Truninger, SVP
Cornelia Tschabold, EVP
Denise Tschamper, Grüne
Felix Tuchs Schmid, SP
Peter Vollenweider, Mitte
Ursula Wettstein, FDP
Roland Wettstein, SVP
David Zimmermann, EVP

MITGLIEDER DES STADTRATES

Ueli Müller, SP, Stadtpräsident, Ressort Präsidiales
Erika Klossner-Locher, FDP, Ressort Bildung
Marco Nuzzi, FDP, Ressort Hochbau
Philipp Wespi, FDP, Ressort Finanzen
Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit
Samuel Wüst, SP, Ressort Gesellschaft

ENTSCHULDIGT

MITGLIEDER DES STADTPARLAMENTES

Markus Annaheim, SP; Geschäftlicher Termin

MITGLIEDER DES STADTRATES

Erik Schmausser, GLP, Ressort Tiefbau; Krankheit
Philipp Wespi, FDP, Ressort Finanzen; berufliche Verpflichtung
Peter Wettstein, Stadtschreiber; Ferien

WEIBELDIENST

Parlamentsweibelin Linda Bozhdaraj



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

TRAKTANDEN

T-NR. GESCH-NR. BEZEICHNUNG

SITZUNGSERÖFFNUNG

1 2017-0586 Mitteilungen

PARLAMENTERISCHE BERATUNG

- | | | |
|----|-----------------------|---|
| 2 | 2021-1723
2021/144 | Geschäft-Nr. 2021/144
Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Abrechnung zum 4. Rahmenkredit für die Stadtentwicklung |
| 3 | 2021-1720
2021/148 | Geschäft-Nr. 2021/148
Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Zusatzkredites für die Mehrjahresplanung Rössli Illnau (zum 1. Rahmenkredit) |
| 4 | 2020-1372
2020/109 | Geschäft-Nr. 2020/109
Postulat Brigitte Rössli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Palliativ-Care und deren Finanzierung in den Alters- und Pflegeinstitutionen auf Stadtgebiet - Beantwortung |
| 5 | 2021-1109
2021/135 | Geschäft-Nr. 2021/135
Interpellation René Truninger, SVP, betreffend Krimineller Asylbewerber in Illnau - Beantwortung/Schlussbehandlung |
| 6 | 2021-1172
2021/136 | Geschäft-Nr. 2021/136
Interpellation Thomas Schumacher, SVP, betreffend Überschwemmung und andere Elementarschäden – wie weiter - Beantwortung/Schlussbehandlung |
| 7 | 2021-1714
2021/141 | Geschäft-Nr. 2021/141
Interpellation Daniel Huber, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Schilderwald SBB-Überführung Illnauerstrasse - Beantwortung/Schlussbehandlung |
| 8 | 2021-1831
2021/145 | Geschäft-Nr. 2021/145
Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend Wirtschaftsförderung ILEF – Status - Beantwortung/Schlussbehandlung |
| 9 | 2021-1897
2021/146 | Geschäft-Nr. 2021/146
Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend CO2-Austoss lokal kompensieren - Beantwortung/Schlussbehandlung |
| 10 | 2021-2138
2021/150 | Geschäft 2021/150
Motion Brigitte Rössli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängeretz - Begründung/Überweisung |



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

- | | | |
|----|-----------------------|--|
| 11 | 2021-2139
2021/151 | Geschäft-Nr. 2021/151
Postulat Peter Vollenweider, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Kinderspielplatz /
Begegnungsort in Unter-Illnau - Begründung/Überweisung |
|----|-----------------------|--|



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

TRAKTANDUM-NR.	0
GESCH.-NR.	
BESCHLUSS-NR.	
IDG-STATUS	öffentlich
SIGNATUR	16 GEMEINDEORGANISATION 16.10 Stadtparlament 16.09.10 Sitzungen
BETRIFFT	ERÖFFNUNG DER SITZUNG

BEGRÜSSUNG

Parlamentspräsident Kilian Meier, Mitte, eröffnet die 31. Sitzung des Stadtparlamentes Illnau-Effretikon der Amtsdauer 2018 – 2022, im 4. Amtsjahr 2021/2022.

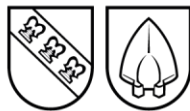
Wie publiziert und angekündigt, wird diese Sitzung als Doppelsitzung geführt. Sie wird in Anlehnung an Art. 52 Abs. 2 GeschO STAPA an geeigneter Stelle durch eine kurze Pause unterbrochen.

Im Lichte des Ende Februar durch Russland provozierten Angriffskrieges auf ukrainischem Territorium scheint die heutige Traktandenliste und deren Themen sowie auch die Vorbereitung auf die heutige Sitzung etwas surreal, gar etwas bedeutungslos. Die Bilder, welche die westliche Bevölkerung aus der Ukraine erreichen, seien nur schwer zu ertragen. Es entspringe einer abgrundtiefen Boshaftigkeit, einen Krieg anzuzetteln.

Das Leid, das den Ukrainerinnen und Ukrainern widerfährt, sei unermesslich. Die Gründe für das surreale Empfinden lägen wohl darin, dass vieles, was für uns als Selbstverständlichkeit angesehen werde, eben doch nicht als selbstverständlich angenommen werden dürfe. Was der Kampfgeist der ukrainischen Bevölkerung augenscheinlich darlege, sei die Tatsache, dass Werte und Wahrheiten bestünden, die ewig seien und für die es sich lohne, alles zu geben. Wenn der Krieg etwas aufzeige, dann die Tatsache zu erkennen, welches Privileg es sei, am heutigen Abend eine Sitzung eines Parlamentes zu eröffnen, welches demokratisch gewählt wurde und rechtmässige und rechtsbeständige Beschlüsse für seine Wählerinnen und Wähler fasst.

Es sei die tiefste Überzeugung des Präsidenten, dass mit diesem Privileg auch eine hohe Verantwortung einhergehe. Wenn in diesem Saal das Parlament heftig debattiert, streitet und zum Schluss Entscheide mittels Abstimmungen treffe, dann bringe es damit zum Ausdruck, wie die hiesige Gemeinschaft ihr Zusammenleben regle. Was in den Gemeinden und Städten gelte, wirke auch auf Kantons- und Bundesstufe und letztlich auch auf dem internationalen Parkett. Die Antwort auf das vermeintliche Recht des Stärkeren läge in der Demokratie und dem Recht, mit dem Ziel, Freiheit, Wohlstand und Frieden für sämtliche Menschen zu garantieren. In diesem Sinne gelte besonderer Dank an die versammelten Parlamentarierinnen und Parlamentarier, indem sie ihre Verantwortung für die Stadt Illnau-Effretikon kraft ihres Amtes wahrnehmen würden.

Der Präsident des Stadtrates hat vorgängig um ausnahmsweise frühzeitige Worterteilung ersucht. Die Geschäftsleitung hat diesem Wunsch ausserhalb der Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprochen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

STADTPRÄSIDENT UELI MÜLLER, SP

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, eröffnet dem Stadtparlament, dass der Stadtrat anlässlich seiner heutigen Sitzung im Sinne einer Sofortmassnahme eine Spende im Umfang von Fr. 50'000.- zu Gunsten der Glückskette beschlossen habe. Fr. 25'000.- wurden dabei dem regulären Budget zur Auslandhilfe belastet, die andere Hälfte falle zu Lasten der stadträtlichen Finanzkompetenz. Im Rahmen der Soforthilfe möge dieser finanzielle Beitrag die Not in der Ukraine zumindest etwas lindern.

Applaus in den Reihen des Parlamentes.

DURCHFÜHRUNG DER SITZUNG / SCHUTZMASSNAHMEN CORONA-PANDEMIE

Die Geschäftsleitung stützt sich auf die übergeordneten Anordnungen des Bundesrates bzw. des Bundesamtes für Gesundheit, welche jüngst eine weitgehende Lockerung bzw. Aufhebung von Schutzmassnahmen kommunizierten. Die Sitzung kann ohne die Umsetzung weiterer Schutzmassnahmen durchgeführt werden. Wer freiwillig eine Maske tragen will, darf dies selbstverständlich tun; solche wurden beim Eingang zur Verfügung gestellt. Auch wenn die offiziellen Abstandsregelungen aufgehoben sind, so hat sich die Geschäftsleitung dazu entschieden, die ausserordentliche Anordnung der Sitzplätze einstweilen beizubehalten.

Die Geschäftsleitung beobachtet die Situation weiterhin und behält sich vor, Massnahmen wieder zu verschärfen oder zu lockern.

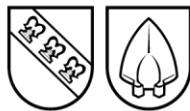
Der Live-Stream bzw. die Videoaufzeichnung der Parlamentssitzungen sollen nach Einschätzung der Geschäftsleitung weiterhin aufrechterhalten bleiben, dies bis mindestens Ende der Legislatur. Die Geschäftsleitung wird die Nutzung zu einem späteren Zeitpunkt auswerten und hernach anhand einer parlamentarischen Konsultativabstimmung darüber befinden, inwiefern mit den weiteren Aufzeichnungen bzw. Aussendungen der Parlamentsverhandlungen zu verfahren ist.

ERSTE SITZUNG MIT NEUER GESCHÄFTSORDNUNG

Es ist dies die erste Sitzung des neu mit dem Begriff «Stadtparlament» bezeichneten Legislativorgans und damit sind es auch die ersten Verhandlungen, die unter die Ägide der neuen Geschäftsordnung fallen. Die wesentlichen Änderungen sind in der damaligen Antragsschrift des seinerzeitigen «Ratsbüros» zur Totalrevision nachzulesen.

Mit den neuen Regularien ergibt sich auch eine neue Terminologie zu Anreden und Fachbegriffen.

ALT	NEU
Grosser Gemeinderat	Stadtparlament
Rat	Parlament
GGR	StaPa
Gemeinderat/Gemeinderätin	Parlamentarier/Parlamentarierin
Ratsmitglied	Parlamentsmitglied
Mitglied des Grossen Gemeinderates	Mitglied des (Stadt-)Parlamentes
Büro des Grossen Gemeinderates / Ratsbüro (BüGGR)	Geschäftsleitung des (Stadt-)Parlamentes (GL StaPa)
Büromitglieder / Mitglieder des Ratsbüros	Mitglieder der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes
Ratspräsident/in	Parlamentspräsident/in



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ALT	NEU
Ratssekretär/in	Parlamentssekretär/in
Ratsweibel/in	Parlamentsweibel/in
Ratsbetrieb	Parlamentsbetrieb
Ratssitzung	Parlamentssitzung
Ratsprotokoll	Parlamentsprotokoll
Abschied / Kommissionsabschied	Kommissionsbericht
usw.	

Die bisherigen Begrifflichkeiten, wie sie seit Einführung der parlamentarischen Strukturen im Jahre 1974 mit dem «Grossen Gemeinderat / GGR» Bestand hatten und sich über diese lange Zeit im Volksmund eingebürgert hatten, sind damit Geschichte; bis sie sich auch im Alltag einspielen werden, wird wohl noch etwas Zeit vergehen. Es sei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern daher verziehen, wenn sie zuweilen noch mit Bezeichnungen mit dem Rat / Gemeinderat hantieren.

Dem Parlament stehen mit Implementierung der neuen Geschäftsordnung auch einige neue Instrumente zur Verfügung. Das betrifft unter anderem während der Debatte, das Instrument der Zwischenfrage; es fusst auf Art. 68 der neuen Geschäftsordnung.

Parlamentspräsident erläutert dazu das praktische Vorgehen, und projiziert folgende Kurzabfolge anhand einer Projektion in den Saal. Bei Zwischenfragen soll im Plenum demnach wie folgt verfahren werden:

1. Fragesteller erhebt Hand
2. Präsident fragt Redner/in nach Votum an, ob Zwischenfrage gestattet ist
3. Parlamentsweibelin bringt Handmikrofon an den Sitzplatz des Fragestellers
4. Fragesteller erhebt sich und stellt Zwischenfrage
5. Kurze Antwort durch Redner/in

FESTSTELLUNG BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Die Voraussetzungen für die ordnungsgemässe Durchführung der Sitzung des Parlamentes sind erfüllt. Die Einladung ist rechtzeitig und ordnungsgemäss erfolgt. Mindestens die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend, das Parlament somit beschlussfähig (Art. 53 GeschO STAPA).

Folgendes Mitglied des Stadtparlamentes lässt sich für die heutige Teilnahme an der Plenarsitzung entschuldigen:

- Markus Annaheim, SP, geschäftliche Abwesenheit

Ferner abwesend sind:

- Erik Schmausser, GLP, Ressort Tiefbau, Krankheit
- Philipp Wespi, FDP, Ressort Hochbau, geschäftliche Abwesenheit
- Peter Wettstein, Stadtschreiber, Ferien



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Zudem scheint Hansjörg Germann, FDP, noch nicht anwesend zu sein. Die FDP-Fraktion meldet, dass er etwas später eintrifft.

ZÄHLUNG DER ANWESENDEN PARLAMENTSMITGLIEDER

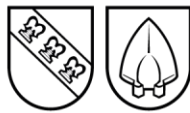
Der Parlamentspräsident lässt durch die Stimmenzählenden die Zahl der anwesenden Parlamentsmitglieder feststellen.

Die Zählung ergibt 34 anwesende Mitglieder.

Abzüglich der Stimme des Präsidenten ergibt sich eine Zahl der stimmberechtigten Personen von 33. Die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 17 Stimmen.

ERLASS DER TRAKTANDENLISTE

Der Parlamentspräsident fragt das Plenum an, ob es Änderungen zur Traktandenliste wünscht. Dies zeigt sich nicht an. Somit werden die Geschäfte in Art und Reihenfolge gemäss angesetzter Tagliste behandelt.



PROTOKOLL

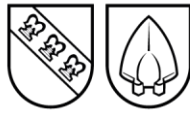
SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

TRAKTANDUM-NR. **1**
GESCH.-NR.
BESCHLUSS-NR.
IDG-STATUS öffentlich
SIGNATUR **16 GEMEINDEORGANISATION**
16.10 Stadtparlament
16.09.10 Sitzungen
BETRIFFT **MITTEILUNGEN**

EINGANG NEUER GESCHÄFTE

Seit der letzten Sitzung sind folgende Geschäfte eingegangen:

GESCH.-NR.	TITEL	STATUS: DATUM EINGANG/ FRIST BEANTWORTUNG/ MAHNUNG	ZUTEILUNG KOMMISSION VORBERATUNG
2021/150	Motion Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz	E: 09.12.2021	–
2021/151	Postulat Peter Vollenweider, Mitte, und ein Mitunterzeichnender, betreffend Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Illnau	E: 09.12.2021	–
2022/152	Interpellation Arie Bruinink, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Renovation und Anpassung Bahnunterführung Nähe QN Bar und Bahnüberführung Trittlweg	E: 04.01.2022	–
2022/153	Antrag des Stadtrates betreffend Einführung des Klassenmusizierens für die vierten Primarklassen	E: 13.01.2022	RPK
2022/154	Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Kredites zur Umsetzung der Massnahmen des kantonalen Integrationsprogramm 2022 – 2023 (KIP 2bis)	E: 03.02.2022	RPK
2022/155	Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Kreditabrechnung und des Nachtragskredites für den Neubau der Mehrzweckanlage Eselriet	E: 03.02.2022	RPK
2022/156	Interpellation Arie Bruinink, Grüne, und Mitunterzeichnende, betreffend Trinkwasserentnahmestellen und Wasserqualität	E: 14.02.2022	–
2022/157	Antrag des Stadtrates betreffend Festlegung der Mitgliederzahl des Wahlbüros	E: 24.02.2022	GPK
2022/158	Postulat Hansjörg Germann, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Städtepartnerschaft Ukraine	E: 02.03.2022	–



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ANTWORTEN ZU PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Geschäft-Nr. 2021/146

Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend CO2-Ausstoss lokal kompensieren

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 9. Dezember 2021, SRB-Nr. 2021-263) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 16. Dezember 2021 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung traktandiert (vgl. Traktandum 9).

Geschäft-Nr. 2021/141

Interpellation Daniel Huber, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Schilderwald SBB Überführung Illnauerstrasse

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 13. Januar 2022, SRB-Nr. 2022-9) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 18. Januar 2022 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung traktandiert (vgl. Traktandum 7).

Geschäft-Nr. 2021/145

Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend Wirtschaftsförderung ILEF – Status

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 13. Januar 2022, SRB-Nr. 2022-10) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 18. Januar 2022 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung traktandiert (vgl. Traktandum 8).

Geschäft-Nr. 2020/109

Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Zeitgemässe Palliative-Care im APZB

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 3. Februar 2022, SRB-Nr. 2022-25) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 10. Februar 2022 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung traktandiert (vgl. Traktandum 4).

Geschäft-Nr. 2021/110

Postulat Ralf Antweiler, GLP, und Mitunterzeichnende, betreffend Begegnungszonen

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 24. Februar 2022, SRB-Nr. 2022-42) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 3. März 2022 kenntlich gemacht.

Geschäft-Nr. 2021/147

Anfrage Felix Tuchs Schmid, SP, betreffend Tagesschule

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 24. Februar 2022, SRB-Nr. 2022-43) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 3. März 2022 kenntlich gemacht.

Geschäft-Nr. 2021/142

Interpellation Ueli Kuhn, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Invasive Neophyten (einjähriges Berufskraut) auf Gemeindegebiet

Die Antwort des Stadtrates (gemäss Beschluss vom 24. Februar 2022, SRB-Nr. 2022-44) wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 3. März 2022 kenntlich gemacht.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ABSCHLUSS DER GESCHÄFTSBERATUNG VON VORBERATENDEN KOMMISSIONEN

EINGANG VON KOMMISSIONSBERICHTEN

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION RPK:

Geschäft-Nr. 2021/144

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Abrechnung zum 4. Rahmenkredit für die Stadtentwicklung

Der Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 4. Januar 2022 wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 18. Januar 2022 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 2).

Geschäft-Nr. 2021/148

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Zusatzkredites für die Mehrjahresplanung Rössli Illnau (zum 1. Rahmenkredit)

Der Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 4. Januar 2022 wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 18. Januar 2022 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 3).

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION GPK:

Geschäft-Nr. 2021/129

Antrag des Stadtrates betreffend Festsetzung der Gesamtrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO)

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 4. Januar 2022 wurde dem Stadtparlament mit Newsletter vom 18. Januar 2022 kenntlich gemacht. Das Geschäft wird anlässlich der April-Sitzung zur Behandlung traktandiert.

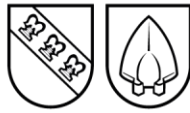
ANTRÄGE DES STADTRATES ZUR ERSTRECKUNG VON BEANTWORTUNGS- BZW. BERICHTERSTATTUNGSFRISTEN ZU PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Geschäft-Nr. 2020/108

Postulat Kilian Meier, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Engage-Anliegen der Jugend von Illnau-Effretikon: Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum;

Der Stadtrat hat mit Antrag vom 13. Januar 2022 (SRB-Nr. 2022-8) die Geschäftsleitung des Stadtparlamentes um Erstreckung der Berichterstattungsfrist bis 4. August 2022 ersucht.

Die Geschäftsleitung hat den Zwischenbericht des Stadtrates zu den bisher unternommenen Bemühungen zur Kenntnis genommen und die Frist entsprechend dem Gesuch gestützt auf Art. 42 Abs. 2 i.V.m. Art. 6 lit. n GesO STAPA stattgegeben.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

VERTRETUNG DES PRÄSIDIUMS NACH AUSSEN

Freitag, 4. März 2022;

Gemeinsame Repräsentation durch den Parlamentspräsidenten und durch den Stadtpräsidenten, anlässlich der im Gasthof Rössli, Illnau, durchgeführten Generalsversammlung des Bezirksschützenverbandes Pfäffikon – Überbringung eines Grusswortes

WEITERE MITTEILUNGEN

Keine.

FRAKTIONS- ODER PERSÖNLICHE ERKLÄRUNGEN

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNGEN

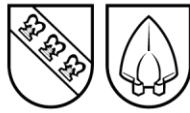
Peter Vollenweider, Mitte, bewirbt das Ratsherrenschieszen, welches am 18. Juli 2022 stattfinden soll. Austragungsort bzw. Gastgeberin ist die Stadt Zürich. Peter Vollenweider wurde von der Geschäftsleitung beauftragt, die Akquise von interessierten Schützinnen und Schützen und das Anmeldeverfahren zu koordinieren. Schiessfreudige Parlamentsmitglieder mögen sich direkt mit Peter Vollenweider in Verbindung setzen; deren 8 seien zur Bildung von zwei Gruppen gefragt.

FRAKTIONSERKLÄRUNGEN

Parlamentsmitglied Stefan Eichenberger, erkundigt sich namens der FDP/JLIE-Fraktion nach dem Verbleib einer Verlautbarung seitens des Stadtrates zum Dorfplatz Illnau.

Vor rund 15 Monaten sei die gemeinsam mit der SVP eingereichte Volksinitiative für ein attraktives Dorfzentrum Illnau durch die Stimmberechtigten anlässlich eines Urnengangs angenommen worden, seither fehle es an jeglicher Spur über eine Vorlage des Stadtrates. Stefan Eichenberger platziere an dieser Stelle eine Vermisstmeldung und ersucht den Stadtrat um eine gelegentliche Aufklärung, wo seine Vorlage zum fraglichen Diskussionsgegenstand bleibe und wie sich der Bearbeitungsstand präsentiere.

Der Parlamentspräsident stellt indessen Fest, dass Hansjörg Germann, FDP, zwischenzeitlich dem Plenum hinzugestossen ist. Es sind folglich 34 stimmberechtigte Parlamentarier/innen anwesend. Die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 18 Personen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1723

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

04

04.12

BAUPLANUNG

Finanzielles, Kredite, Beiträge (beauftragtes Planungsbüro s. 4.00)

BETRIFFT

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Abrechnung zum 4. Rahmenkredit für die Stadtentwicklung / Substantielles Protokoll

2. Geschäft-Nr. 2021/144

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Abrechnung zum 4. Rahmenkredit für die Stadtentwicklung

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament mit Beschluss (SRB-Nr. 2021-195) vom 7. Oktober 2021 mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 7. Oktober 2021 folgenden Antrag:

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 5 DER GEMEINDEORDNUNG

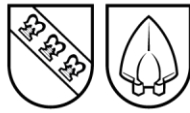
BESCHLIESST:

1. Die Schlussabrechnung für den 4. Rahmenkredit Stadtentwicklung, mit Ausgaben von Fr. 392'599.65 zu Lasten der Investitionsrechnung, HRM1 Konto-Nr. 400.5810.13 und HRM2 Projekt-Nr. 4020.5290.001, und Minderkosten von Fr. 7'400.35 gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 400'000.- wird genehmigt
2. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Hochbau
 - b. Abteilung
 - c. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Vorberatung dieses Geschäftes fand durch die Rechnungsprüfungskommission statt. Mit ihrem Bericht vom 4. Januar 2022 unterbreitet die Rechnungsprüfungskommission dem Parlament einstimmig die Empfehlung, die Schlussabrechnung für den 4. Rahmenkredit Stadtentwicklung zu genehmigen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

PLENARDEBATTE

Verzicht auf die Durchführung einer Eintretensdebatte, da die anwendbaren Bestimmungen der parlamentarischen Geschäftsordnung (Art. 64 GeschO STAPA) eine grundsätzliche Einführungsdiskussion im vorliegenden Fall nicht zwingend vorschreiben.

REFERAT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

REFERENT GEMEINDERAT MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, in seiner Funktion als Referent der Rechnungsprüfungskommission, präsentiert dem Parlament die Vorlage und nimmt nochmals dezidierten Bezug auf die wichtigsten Eckpunkte und den Kerngehalt des Geschäftes. Der materielle Bestandteil der Vorlage ergibt sich im Weiteren aus den detaillierten Geschäftsakten, insbesondere der stadträtlichen Antragsschrift und dem sinngemäss rezipierten Kommissionsbericht, wozu auf die separaten Dokumente verwiesen wird.

Auf die wortgetreue Protokollierung der Ausführungen des Kommissionsreferenten wird zufolge der eindeutigen Faktenlage und der subsidiär konsultierbaren Dokumente verzichtet.

Nachdem weder weitere Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, des Gesamtparlamentes noch des Stadtrates das Wort zu begehren wünschen, leitet der Parlamentspräsident das Beschlussfassungs- bzw. Abstimmungsprozedere ein.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ABSTIMMUNG

zur Dispositivziffer 1

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND NACH EINSICHTNAHME IN DEN BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

BESCHLIESST

GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 5 DER GEMEINDEORDNUNG:

1. Die Schlussabrechnung für den 4. Rahmenkredit Stadtentwicklung, mit Ausgaben von Fr. 392'599.65 zu Lasten der Investitionsrechnung, HRM1 Konto-Nr. 400.5810.13 und HRM2 Projekt-Nr. 4020.5290.001, und Minderkosten von Fr 7'400.35 gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 400'000.- wird genehmigt
2. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
3. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
4. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Hochbau
 - b. Abteilung
 - c. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Der obgenannte Beschluss kam unter der zur Dispositivziffer 1 angesetzten und durchgeführten Abstimmung mit Einstimmigkeit zu Stande.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1720

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

28

28.03

28.03.23

LIEGENSCHAFTEN, GRUNDSTÜCKE

Einzelne Liegenschaften und Grundstücke in eD alph

Geschäftshäuser

BETRIFFT

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Zusatzkredites für die Mehrjahresplanung Rössli Illnau (zum 1. Rahmenkredit) / Substantielles Protokoll

3. Geschäft-Nr. 2021/148

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Zusatzkredites für die Mehrjahresplanung Rössli Illnau (zum 1. Rahmenkredit)

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament mit Beschluss (SRB-Nr. 2021-215) vom 28. Oktober 2021 mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 28. Oktober 2021 folgenden Antrag:

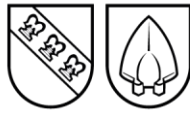
DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 5 DER GEMEINDEORDNUNG

BESCHLIESST:

1. Für die Umsetzung der Phase 2020 – 2023 im Rössli, Illnau, wird ein Zusatzkredit von Fr. 400'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Projekt-Nr. 4200.5040.163, bewilligt. Die Kreditsumme erhöht bzw. reduziert sich allenfalls um die Mehr-/Minderkosten, welche durch die Bauteuerung, von der Erstellung des Kostenvoranschlags bis zur Ausführung, entstehen. Als Stichtag gilt der 1. Oktober 2021.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Finanzen
 - b. Abteilung Hochbau
 - c. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Vorberatung dieses Geschäftes fand durch die Rechnungsprüfungskommission statt. Mit ihrem Bericht vom 4. Januar 2022 unterbreitet die Rechnungsprüfungskommission dem Parlament einstimmig die Empfehlung, für die Umsetzung der Phase 2020 – 2023 im Rössli, Illnau, einen Zusatzkredit zu genehmigen.

PLENARDEBATTE

Verzicht auf die Durchführung einer Eintretensdebatte, da die anwendbaren Bestimmungen der gemeinderätlichen Geschäftsordnung (Art. 64 GeschO STAPA) eine grundsätzliche Einführungsdiskussion im vorliegenden Fall nicht zwingend vorschreiben.

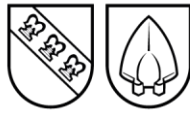
REFERAT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

REFERENT GEMEINDERAT THOMAS HILDEBRAND, FDP

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, in seiner Funktion als Referent der Rechnungsprüfungskommission, präsentiert dem Parlament die Vorlage und nimmt nochmals dezidierten Bezug auf die wichtigsten Eckpunkte und den Kerngehalt des Geschäftes. Der materielle Bestandteil der Vorlage ergibt sich im Weiteren aus den detaillierten Geschäftsakten, insbesondere der stadträtlichen Antragsschrift und dem sinngemäss rezierten Kommissionsbericht, wozu auf die separaten Dokumente verwiesen wird.

Auf die wortgetreue Protokollierung der Ausführungen des Kommissionsreferenten wird zufolge der eindeutigen Faktenlage und der subsidiär konsultierbaren Dokumente verzichtet.

Nachdem weder weitere Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, des Gesamtparlamentes noch des Stadtrates das Wort zu begehren wünschen, leitet der Parlamentspräsident das Beschlussfassungs- bzw. Abstimmungsprozedere ein.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ABSTIMMUNG

zur Dispositivziffer 1

DAS STADTPARLAMENT

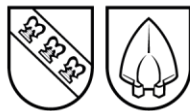
AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND NACH EINSICHTNAHME IN DEN BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

BESCHLIESST

GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 5 DER GEMEINDEORDNUNG

1. Für die Umsetzung der Phase 2020 – 2023 im Rössli, Illnau, wird ein Zusatzkredit von Fr. 400'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Projekt-Nr. 4200.5040.163, bewilligt. Die Kreditsumme erhöht bzw. reduziert sich allenfalls um die Mehr-/Minderkosten, welche durch die Bauteuerung, von der Erstellung des Kostenvoranschlags bis zur Ausführung, entstehen. Als Stichtag gilt der 1. Oktober 2021.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Das Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung über die Beschlüsse kann gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. a des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) i.V.m. Art. 15 Ziff. 2 Gemeindeordnung von 300 Stimmberechtigten innert 60 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung oder gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. b GPR von einem Drittel der Mitglieder des Stadtparlamentes innert 14 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Beschlussfassung schriftlich beim Stadtrat eingereicht werden.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Finanzen
 - b. Abteilung Hochbau
 - c. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Der obgenannte Beschluss kam unter der zur Dispositivziffer 1 angesetzten und durchgeführten Abstimmung mit Einstimmigkeit zu Stande.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2020-1372

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.22

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Postulate

BETRIFFT

Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Palliativ-Care und deren Finanzierung in den Alters- und Pflegeinstitutionen auf Stadtgebiet / Substantielles Protokoll

4. Geschäft-Nr. 2020/109

Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Palliativ-Care und deren Finanzierung in den Alters- und Pflegeinstitutionen auf Stadtgebiet - Beantwortung

ANTRAG DES STADTRATES

In Beantwortung bzw. zur Erledigung des vorstehenden Postulates unterbreitet der Stadtrat mit Beschluss (SRB-Nr. 2022-25) vom 3. Februar 2022 einen Antrag um Abschreibung bzw. Erledigung des Vorstosses samt zugehörigem Bericht.

Eingang des Postulates:

Mündliche Begründung im Stadtparlament durch die Postulantin

Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates

Beantwortungsfrist (gemäss Art. 74 Abs. 1 GeschO GGR)

Eingang der stadträtlichen Antwort

10. Dezember 2020

4. Februar 2021

4. Februar 2021

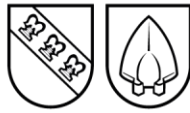
4. Februar 2022

3. Februar 2022

Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der stadträtlichen Berichterstattung, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

PLENARDEBATTE

In Anwendung von Art. 66 Abs. 4 GeschO STAPA erteilt *der Parlamentspräsident* der Postulantin, Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, das Wort, da dieses bei Vorliegen des stadträtlichen Antrages auf Abschreibung bzw. Erledigung des Postulates mindestens der Urheberschaft zusteht.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

VOTUM DER VORSTOSSURHEBERIN

POSTULANTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Vorstossurheberin, Brigitte Röösl, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, habe mit ihrem Postulat vor einem Jahr einen Einblick in die Arbeit der Altersinstitutionen gewährt. Sie habe dem Parlament und dem Stadtrat aufzeigen wollen, wo die Schwierigkeiten für die im Gesundheitsbereich tätigen Personen lägen; insbesondere Mitarbeitende und Angehörige, welche Personen beim Sterbeprozess begleiten, sehen sich mit emotional herausfordernden und belastenden Situationen konfrontiert, sodass diese auch mal an ihre Grenzen stossen.

Brigitte Röösl möchte das Plenum nicht mit einer Rekapitulation und Wiederholung der damaligen Ausführungen langweilen. Aus Sicht von Postulantin Röösl sei es aber zwingend notwendig, und dies scheine ihr wichtig nochmals hervorzuheben, dass der Zugang zur Palliativ-Pflege nicht in Abhängigkeit zum individuellen Einkommen oder Vermögen stünden dürfe. Jedem Menschen, der in der Stadt Illnau-Effretikon in die lebenssendende Phase gelange, solle das Recht zustehen, Dienstleistungen der Palliativ-Care in Anspruch nehmen zu dürfen und in dieser schweren Phase würdig umsorgt zu werden, unerheblich der persönlichen Lebensumstände.

Vorstossurheberin Röösl zeigt sich sehr froh, dass der Stadtrat aufgrund seiner Darlegungen im Bericht zum zu Grunde liegenden Postulat diese Auffassung teile. Die detaillierten Abklärungen würden aber auch aufzeigen, dass nach wie vor Handlungsbedarf bestünde und die Palliativ-Care in Illnau-Effretikon mit weiteren Massnahmen verbessert werden könne.

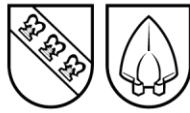
Parlamentarierin Röösl habe sich erhofft, dass der Stadtrat bereits Vertragsverhandlungen mit dem mobilen Palliativ-Team des Spitals Wetzikon abgeschlossen oder zumindest aufgenommen hätte. Brigitte Röösl erkennt aber auch, dass «die Mühlen der Politik bekanntlich etwas langsamer mahlen». Sie sei derweil allerdings froh, dass der Stadtrat in Erwägung ziehe, eine Zusammenarbeit mit der erwähnten Institution zu prüfen und die im Raum stehende Finanzierungsfrage zu klären. Brigitte Röösl hofft dabei, dass die für die Dienstleistungen entstehenden Kosten durch die Stadt Illnau-Effretikon getragen würden und nicht den Bewohnerinnen und Bewohnern der jeweiligen Institution zugemutet würden.

Dass der Stadtrat die Notwendigkeit zur Einführung einer Sitzwache erkenne, stimme Röösl erfreulich, habe der Stadtrat dazu doch bereits erste Schritte in die Wege geleitet.

Brigitte Röösl sei denn auch zuversichtlich, wonach der Stadtrat noch in der sich zu Ende neigenden Legislatur «Nägel mit Köpfen» machen und eine vollumfängliche Palliativ-Pflege in den Altersinstitutionen der Stadt Illnau-Effretikon sicherstellen möge.

Die allgemeinen Verfahrensvorschriften, wie sie laut Art. 66, Abs. 4 GeschO STAPA im aktuellen Fall zur Anwendung gelangen, sehen vor, dass das Parlament bei Anträgen, welche die Erledigung bzw. Abschreibung von Postulaten umschliessen, nach erster Stellungnahme der Postulanten, die Diskussion eröffnen kann, sofern der entsprechende Bedarf ausgewiesen und das Parlament eine solche beantragt.

Das Bedürfnis scheint ausgewiesen. *Der Parlamentspräsident* erteilt das Wort direkt dem ersten Redner. Die Durchführung einer Abstimmung zur Diskussionsöffnung ist nicht notwendig.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ALLGEMEINE DEBATTE

PAUL ROHNER, SVP

Paul Rohner, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, erinnert daran, dass der zu Grunde liegende Vorstoss zum Zeitpunkt seiner Einreichung und der mündlichen Begründung im Parlamentsplenum ursprünglich noch in der Form der Motion abgefasst gewesen sei – erst im Rahmen der Begründungs- bzw. Überweisungsdebatte, habe die Urheberin sich angesichts der gefallenen Voten dazu entschieden, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln, da ihr damit die besseren Chancen für eine mehrheitsfähige Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat attestiert wurden. Brigitte Rööfli habe dabei eine Weiterung des Prüfauftrages verbunden, wonach bei den zutreffenden Abklärungen sämtliche im Stadtgebiet angesiedelten Altersinstitutionen einzuschliessen seien. Es habe wohl sehr eilig von statten gehen müssen, sei doch auch noch Wahlkampf gewesen, ergänzt Rohner mit spöttischem Unterton.

Schon anlässlich der Überweisungsdebatte habe Paul Rohner geäussert, wonach es ihn doch sehr erstaunen würde, wenn ausgerechnet das Alters- und Pflegezentrum Bruggwiesen APZB über keine zeitgemässe und umfassende Palliativ-Care verfügen würde. Der vielseitige Bericht des Stadtrates zeige auf, dass ebendiese Institution im betroffenen Bereich sehr wohl angemessene und qualitativ gute Instrumentarien zur Sterbebegleitung anzubieten vermöge; das zu Grunde liegende Konzept erweise sich als ausgesprochen gut. Es käme einem ausgewiesenen Armutszeugnis gleich, wenn ausgerechnet die Bewohnenden dieser Institution ihre letzten Tage nicht in ihrem Zuhause verbringen dürften. Die Darlegungen würden darum kaum zu Überraschungen Anlass geben.

Erwartungsgemäss komme der Stadtrat in seinem ausführlichen Bericht sodann zum Schluss, dass in Illnau-Effretikon zeitgemässe Palliative-Care in Anspruch genommen werden können, meistens sogar ohne Beizug von externen Fachspezialistinnen und –spezialisten. Es bestünden wenige Einzelfälle, wo solche beigezogen werden müssen. Der Stadtrat kläre dort sodann die Finanzierung und die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnerorganisationen ab. Dies erscheine Paul Rohner sinnvoll und würde in Anbetracht eines Etats im Umfang von Fr. 7.5 Mio. auch finanziell nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Bei gewinnorientierten privaten Pflegeeinrichtungen präsentiere sich die Sache jedoch in einem differenzierten Licht; es komme bei solchen Institutionen keiner kommunalen Aufgabe gleich, Finanzierungshilfe zu leisten. Die dortigen Bewohnenden seien im Stande, selbst für die anfallenden Kosten aufzukommen.

Positiv zu erwähnen sei, dass der Wille der Patientinnen und Patienten mit einer entsprechenden vorsorgenden Verfügung dokumentiert würde – dies sei längst nicht in allen Pflegeinstitutionen der Fall.

Der Stadtrat ginge allerdings bei all seinen positiven Feststellungen über das Bedürfnis bzw. die Thematik hinweg, inwiefern Möglichkeiten bestünden, Sterbebegleitung ins Haus zu holen. Rohner denkt etwa an Organisationen wie Dignitas oder Exit. Dies stelle durchaus auch ein Bedürfnis bzw. eine Option dar.

Ärgerlich sei zudem der Umstand, dass bisweilen zahlreiche Hausärztinnen und Hausärzte nicht erreichbar seien, während sich ihre Patientinnen und Patienten in den letzten Stunden ihres Lebens befänden. Nachdem die Ärzteschaft 40 Jahre Rechnungen geschrieben hätte, sei es nicht zu viel verlangt, wenn diese sich auch am Schluss noch um ihre Kundschaft kümmern. Es sei daher gut zu wissen, dass im APZB ein Zentrumsarzt installiert sei, der 24 Stunden erreichbar sei. Parlamentarier Rohner würde diese Person gerne einmal kennenlernen.

Paul Rohner bedankt sich für den grossen Aufwand, welcher der Stadtrat zur Berichterstattung zu diesem Postulat betrieben habe. Die SVP-Fraktion weiss die Dienste des zuständigen Stadtrates des Ressorts Gesellschaft entsprechend zu würdigen und plädiert für Erledigung des Vorstosses.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

MATTHIAS MÜLLER, MITTE

Matthias Müller, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, habe sich wie sein Vorredner ebenfalls damals schon anlässlich der seinerzeitigen Begründungs- bzw. Überweisungsdebatte in die Diskussion eingebracht und signalisiert, nicht Experte zu sein, sondern die Thematik als Bürger zu betrachten. Die letzten Momente des Lebens seien – übrigens wie die Ersten – sehr speziell. Es sei wichtig, dass man sich als betroffene Person und als Angehörige aufgehoben fühle. Matthias Müller zeigt sich überzeugt, dass dies im APZB der Fall sei. Es gebe auch Beispiele von Institutionen, die sich in diesen Bereichen zertifizieren liessen. Eine solche sei unter anderem auch das mobile Team der GZO Wetzikon, mit der gut zusammengearbeitet werden könnte.

BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Brigitte Rööslī, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, möchte ebenfalls klarstellen, dass sie nie daran gezweifelt habe, dass das APZB gute Palliativ-Pflege anbiete. Ihr Anliegen betreffe die spezialisierte Palliativ-Care. Zu deren Betrieb sei ein unterstützendes Team von Spezialistinnen und Spezialisten notwendig. Brigitte Rööslī sei mit dem Heimarzt des APZB persönlich bekannt. Sie habe ebenso einst mit ihm zusammengearbeitet. Er gelte als hervorragender Heimarzt.

Bezüglich der privaten Pflege-Institution «Oase» stellt Brigitte Rööslī klar, dass die Stadt dort die Normkosten finanziere. Aufgrunddessen müssten die zusätzlich anfallenden Kosten der Palliative-Care ebenfalls durch die Stadt getragen werden. Brigitte Rööslī, ihres Zeichens ebenso Mitglied des Zürcher Kantonsrates, hat im kantonalen Parlament eine ähnlich lautende Motion eingereicht, mit welcher sie bezwecken will, dass Leistungen der Palliative-Care im gesamten Kanton sichergestellt werden sollten. Im Übrigen empfindet Brigitte Rööslī die Behauptung als vermessen, wonach sie sich des Themas zu Gunsten des Wahlkampfes bedient hätte. Im Winter 2020 sei Brigitte Rööslī durch ihre Tätigkeit als Pflegedienstleiterin an ihrem Arbeitsplatz sehr von einer erneut hart um sich greifenden Welle der Corona-Pandemie betroffen gewesen.

Im Übrigen zeigt sich Brigitte Rööslī mit der stadträtlichen Antwort zufrieden und ist mit der Abschreibung des Vorstosses einverstanden.

Nachdem weder weitere Mitglieder des Parlamentes noch des Stadtrates das Wort zu ergreifen wünschen, ergeht die Abstimmung zur Abschreibung des Postulates.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ABSTIMMUNG

Abstimmungen zu Dispositivziffern 1 und 2

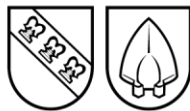
DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 43 DER GESCHÄFTSORDNUNG DES STADTPARLAMENTES

BESCHLIESST:

1. Der Bericht des Stadtrates zum Postulat von Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, betreffend Palliativ-Care und deren Finanzierung in Alters- und Pflegeinstitutionen auf Stadtgebiet, wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Brigitte Rösli, Mitglied des Stadtparlamentes, Schlimpergstrasse 20, 8307 Effretikon
 - b. Abteilung Gesellschaft

Der obgenannte Beschluss kam unter den zu den Dispositivziffer 1 und 2 einzelnen angesetzten und durchgeführten Abstimmungen jeweils mit Einstimmigkeit zu Stande.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1109

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.23

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Interpellationen

BETRIFFT

**Interpellation René Truninger, SVP, betreffend Krimineller Asylbewerber in Illnau /
Substantielles Protokoll**

5. Geschäft-Nr. 2021/135

**Interpellation René Truninger, SVP, betreffend Krimineller Asylbewerber in Illnau -
Beantwortung/Schlussbehandlung**

Eingang der Interpellation

30. Juni 2021

Mündliche Begründung im Stadtparlament durch den Interpellanten

9. September 2021

Beantwortungsfrist

9. Dezember 2021

Antwort des Stadtrates

25. November 2021

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss (SRB-Nr. 2021-245 vom 25. November 2021 die schriftliche Antwort auf die zu Grunde liegende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Gemäss Art. 44 Abs. 5 GeschO STAPA findet über die Antwort des Stadtrates eine Diskussion statt.
Das erstunterzeichnende Mitglied spricht zuerst.

Der *Parlamentspräsident* erteilt das Wort Parlamentsmitglied René Truninger, SVP.

SCHLUSSERKLÄRUNG URHEBER

RENÉ TRUNINGER, SVP

René Truninger, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, bedankt sich für die Antwort, wenn er sie auch als nicht sehr gehaltvoll taxiert. Vieles werde dabei auf Basis des Daten- und Persönlichkeitsschutzes unter Verschluss gehalten.

Bei der Antwort zur Frage 2 behaupte der Stadtrat, der entstandene Schaden würde durch die Versicherung bezahlt. In der Regel nehme der Versicherer dann allerdings Regress auf den Verursacher. Leider führe der Stadtrat jene Fälle nicht weiter aus – insofern bliebe die Frage unbeantwortet, wer dann für die Restkosten aufkomme. René Truninger vermutet, dass der Staat dann wohl subsidiär einspringen müsse.

Bei der Antwort zur Frage 3 zeige sich, dass die Polizei offensichtlich über die relevanten Informationen verfüge, diese aber nicht an die Sozialbehörde weitergeben dürfe. Dies komme für den Interpellanten einem Fehler im System gleich.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

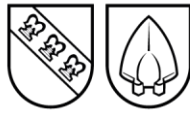
René Truninger beurteilt die Informationspflicht der Stadt im vorliegenden Fall als nicht erfüllt. Hätte die Stadt proaktiv informiert, wäre diese Interpellation nicht notwendig geworden. Das Thema sei für ihn aber soweit erledigt.

Der Parlamentspräsident fragt das Plenum im Rahmen der Diskussion nach dem Bedürfnis zu weiteren Voten an. Der Präsident stellt fest, wonach sich das Redebedürfnis erschöpft zu haben scheint.

Wie Art. 44 unter Abs. 6 der parlamentarischen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach von der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Gesellschaft
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1172

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.23

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Interpellationen

BETRIFFT

Interpellation Thomas Schumacher, SVP, betreffend Überschwemmung und andere Elementarschäden – wie weiter / Substantielles Protokoll

6. Geschäft-Nr. 2021/136

Interpellation Thomas Schumacher, SVP, betreffend Überschwemmung und andere Elementarschäden – wie weiter - Beantwortung/Schlussbehandlung

Eingang der Interpellation

14. Juli 2021

Mündliche Begründung im Stadtparlament durch den Interpellanten

9. September 2021

Beantwortungsfrist

9. Dezember 2021

Antwort des Stadtrates

28. Oktober 2021

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss (SRB-Nr. 2021-217 vom 28. Oktober 2021 die schriftliche Antwort auf die zu Grunde liegende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Gemäss Art. 44 Abs. 5 GeschO STAPA findet über die Antwort des Stadtrates eine Diskussion statt. Das erstunterzeichnende Mitglied spricht zuerst.

Der *Parlamentspräsident* erteilt das Wort Parlamentsmitglied Thomas Schumacher, SVP.

SCHLUSSERKLÄRUNG URHEBER

THOMAS SCHUMACHER, SVP

Thomas Schumacher, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, stellt fest, dass seit den im Sommer 2021 um sich gegriffenen Unwetter bereits einige Zeit verflossen sei und damit auch die Einreichung der zu Grunde liegenden Interpellation einige Monate vergangen seien. Aus unterschiedlichen Gründen musste die Schlussbehandlung des Geschäftes mehrfach vertagt werden.

Nun denn bedankt sich der Interpellant für die Beantwortung der Fragen und die in der Zwischenzeit bereits umgesetzten Massnahmen zur Verhinderung von weiteren Schadenereignissen. Der Stadtteil Ettenhusen sei sehr stark vom Unwetter betroffen gewesen. Leider habe der Kanton Zürich sein Versprechen, sich bis Ende Februar 2022 bei der betroffenen Bevölkerung zu melden, nicht eingehalten. Der Interpellant behält sich vor, in dieser Sache nochmals aktiv zu werden.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Beim «Rössli-Kreisel», Illnau, zeigt sich Thomas Schumacher gespannt auf die für das Jahr 2023 zur Umsetzung in Aussicht gestellten baulichen Massnahmen.

Abschliessend bedankt sich der Interpellant für die rasche und proaktive Beseitigung der Unwetterschäden durch die Stadt. Verkneifen könne er sich allerdings die Bemerkung nicht, wonach der dabei entstandene Totalschaden beim Feuerwehrfahrzeug bestimmt nicht willentlich verursacht worden sei.

Der Parlamentspräsident erteilt das Wort weiteren Rednerinnen und Rednern.

WEITERE DISKUSSIONSREDNERINNEN UND -REDNER

URS GUT, GRÜNE

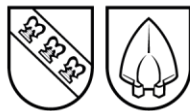
Urs Gut, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes, ist erfreut, dass die Sensibilisierung für die Klimaerwärmung in der breiten Bevölkerung angekommen sei. Er erhoffe sich, sich dieser Lerneffekt auch für den Klimaschutz einstelle. Bei der letzten Volksabstimmung zum Energiegesetz hätten nicht alle Parteien diese Hoffnung erfüllt. Die gesamte Thematik umschliesse den Aspekt von Ursache und Wirkung. Es sei vor allem ein Augenmerk auf die Ursache von solchen Unwetterereignissen zu legen. Insgesamt zeigt sich Urs Gut mit der stadträtlichen Antwort ebenfalls zufrieden. Zum Feuerwehrfahrzeug, das während eines Einsatzes einen Totalschaden erlitten habe, wünschte sich Urs Gut detailliertere Informationen und insbesondere auch Erkenntnisse dazu, welche Lehren die Einsatzkräfte daraus gezogen hätten. Viele Menschen würden nach Auffassung von Urs Gut die Meinung vertreten, wonach Massnahmen zum Klimaschutz bloss Kosten verursachen würden. Die Unwetterschäden zeigten aber, dass auch das «Nichtstun» zu Schäden und Kosten führen.

Der Parlamentspräsident fragt das Plenum im Rahmen der Diskussion nach dem Bedürfnis zu weiteren Voten an. Der Präsident stellt fest, wonach sich das Redebedürfnis erschöpft zu haben scheint.

Wie Art. 44 unter Abs. 6 der parlamentarischen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach von der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Tiefbau
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1714

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.23

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Interpellationen

BETRIFFT

Interpellation Daniel Huber, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Schilderwald SBB Überführung Illnauerstrasse / Substantielles Protokoll

7. Geschäft-Nr. 2021/141

Interpellation Daniel Huber, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Schilderwald SBB-Überführung Illnauerstrasse - Beantwortung/Schlussbehandlung

Eingang der Interpellation

7. Oktober 2021

Mündliche Begründung im Stadtparlament durch den Interpellanten

11. November 2021

Beantwortungsfrist

11. Februar 2022

Antwort des Stadtrates

13. Januar 2022

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss (SRB-Nr. 2022-9 vom 13. Januar 2022 die schriftliche Antwort auf die zu Grunde liegende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Gemäss Art. 44 Abs. 5 GeschO STAPA findet über die Antwort des Stadtrates eine Diskussion statt. Das erstunterzeichnende Mitglied spricht zuerst.

SCHLUSSERKLÄRUNG URHEBER

DANIEL HUBER, SVP

Der *Parlamentspräsident* erteilt das Wort Parlamentsmitglied Daniel Huber, SVP.

Daniel Huber, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, zeigt sich erfreut, dass seit heute Morgen die zahlreichen Schilder an der Brücken-Überführung Illnauerstrasse verschwunden seien. Sie seien wohl in einer Nacht- und Nebelaktion entfernt worden. Er appelliert an den Stadtrat, in Zukunft auch kantonale Projekte etwas besser zu begutachten. Dem Stadtrat stünde es dabei gut an, etwas Durchsetzungsvermögen an den Tag zu legen, wenn er, wie im vorliegenden Geschäft, mit Signalisations- oder anderen Massnahmen nicht einverstanden sei. Im Übrigen verstosse die durch die kantonale Baudirektion angebrachte Signalisation eindeutig gegen die eidgenössische Signalisationsverordnung. Schmerzvollerweise habe die Entfernung der Signalisationen die Steuerzahlenden nochmals ein paar Tausend Franken gekostet.



PROTOKOLL

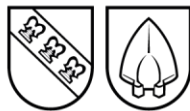
SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Der Parlamentspräsident fragt das Plenum im Rahmen der Diskussion nach dem Bedürfnis zu weiteren Voten an. Der Präsident stellt fest, wonach sich das Redebedürfnis erschöpft zu haben scheint.

Wie Art. 44 unter Abs. 6 der parlamentarischen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach von der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Tiefbau
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1831

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.23

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Interpellationen

BETRIFFT

Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend Wirtschaftsförderung ILEF – Status / Substantielles Protokoll

8. Geschäft-Nr. 2021/145

Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend Wirtschaftsförderung ILEF – Status - Beantwortung/Schlussbehandlung

Eingang der Interpellation

19. Oktober 2021

Mündliche Begründung im Stadtparlament durch den Interpellanten

11. November 2021

Beantwortungsfrist

11. Februar 2022

Antwort des Stadtrates

13. Januar 2022

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss (SRB-Nr. 2022-10 vom 13. Januar 2022 die schriftliche Antwort auf die zu Grunde liegende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

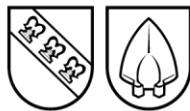
Gemäss Art. 44 Abs. 5 GeschO STAPA findet über die Antwort des Stadtrates eine Diskussion statt. Das erstunterzeichnende Mitglied spricht zuerst.

SCHLUSSERKLÄRUNG URHEBER

THOMAS HILDEBRAND, FDP

Der *Parlamentspräsident* erteilt das Wort Parlamentsmitglied Thomas Hildebrand, FDP.

Thomas Hildebrand, FDP, Mitglied des Stadtparlamentes, bedankt sich für die stadträtlichen Darlegungen zur Tätigkeit des Wirtschaftsförderers. Die Stadt Illnau-Effretikon sei aufgrund ihrer Lage prädestiniert, viele Arbeitsplätze zu beheimaten. Nach Meinung von Thomas Hildebrand habe sich Illnau-Effretikon gut durch die beiden letzten von der Corona-Pandemie geprägten Jahre manövriert. Dazu habe der Wirtschaftsförderer in Umsetzung der durch den Stadtrat beschlossenen Sofortmassnahmen für die Gewerbetreibenden viel beigetragen. Der Interpellant wünscht sich, dass die Stadt die Leistungen ihres Wirtschaftsförderers verstärkt kommunizieren würde. Gespannt blickt Thomas Hildebrand daher auch der Analyse zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung «House of Winterthur» entgegen. Schliesslich entrichte die Stadt Illnau-Effretikon einen namhaften Beitrag an diese Organisation. Die Informationen auf deren Webseite über Illnau-Effretikon seien leider sehr spärlich beziehungsweise inexistent. Thomas Hildebrand erachtet es als einen klugen Entscheid, dass Illnau-Effretikon vor zwei Jahren einen Wirtschaftsförderer eingesetzt habe. Er wünscht im Bestreben, die Wirtschaftsförderungs-Strategie umzusetzen, weiterhin gutes Gelingen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Der Parlamentspräsident erteilt das Wort weiteren Rednerinnen und Rednern.

WEITERE DISKUSSIONSREDNERINNEN UND -REDNER

ROMAN NÜSSLI, SVP

Roman Nüssli, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, ist berufsbedingt als Car-Chauffeur viel auf den Strassen unterwegs. An sonnigen Samstagnachmittagen falle ihm auf, dass entlang der Bahnhofstrasse in Effretikon höchstens ein paar Fussgängerinnen und Fussgänger zu sighten seien. Demgegenüber wirke die Usterstrasse in Illnau belebter. Hauptgrund dafür dürfen wohl innovative Unternehmende liefern, die zu einer Belebung des Strassenabschnittes beitragen. Dazu sei aber auch die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur notwendig. In Illnau beispielsweise erstrecken sich neben der Bushaltestelle einige oberirdische Parkplätze. Der Aspekt der Parkierung gehe nun offensichtlich auch beim neusten Projekt in Effretikon vergessen. Es scheint, als würde die Wichtigkeit dieses Anliegens unterschätzt. Es sei darum wünschenswert, wenn auch beispielsweise beim Hochhausprojekt im Zentrum von Effretikon die Erstellung einiger oberirdischer Parkplätze in die Überlegungen miteinbezogen würden. Die Bevölkerung in Illnau würde über einen neu gestalteten Dorfplatz in Illnau in vielerlei Hinsicht profitieren. Die Kundschaftsfrequenzen des lokalen Gewerbes würden sich dann auch nicht mehr so nahe am Strassenabschnitt bewegen.

MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, dankt für die Ausführungen seiner Vorredner. Es sei dem Stadtrat zu verdanken, dass die Unternehmungen von Illnau-Effretikon gut und einigermaßen glimpflich durch die Corona-Krise gekommen seien. Unternehmende aus anderen Gemeinden hätten sich glücklich und dankbar schätzen können, unkomplizierte Hilfe auf jene Art und Weise zu erhalten, wie sie die Stadt Illnau-Effretikon angeboten hatte. Maxim Morskoi zeigt sich erfreut, dass der Stadtrat den Betrieb der CoWorking-Räumlichkeiten weiterführen möchte. In Effretikon frequentieren die Leute schwerpunktmässig die Räumlichkeiten des Einkaufszentrums Effimärt. Darum seien sie eher wenig entlang der Bahnhofstrasse sichtbar.

Wenn in Illnau im Bereich der Usterstrasse weiterhin mit Tempo 50 gefahren werde, bleibe die Situation auch mit einem neuen Dorfplatz in Illnau gefährlich – ein solcher Platz ändere nichts an dieser Ausgangslage. Allenfalls wird die Situation aufgrund zusätzlicher Personenströme sogar eher noch verschärft. Parkplätze seien sicherlich notwendig, diese seien grundsätzlich aber unterirdisch anzuordnen: Dies diene den Unternehmungen und den Personen auf der Strasse.

Maxim Morskoi schliesst sein Votum indem auch er ebenso zum Ausdruck bringt, wonach er es begrüssen würde, wenn die Mitgliedschaft bei der Standortförderung «House of Winterthur» überprüft wird.

Der Parlamentspräsident fragt das Plenum im Rahmen der Diskussion nach dem Bedürfnis zu weiteren Voten an. Der Präsident stellt fest, wonach sich das Redebedürfnis erschöpft zu haben scheint.

Wie Art. 44 unter Abs. 6 der parlamentarischen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach von der Pendenzenliste.

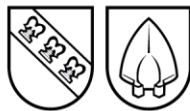


PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Präsidiales
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1897

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.23

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Interpellationen

BETRIFFT

Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend CO₂-Ausstoss lokal kompensieren / Substantielles Protokoll

9. Geschäft-Nr. 2021/146

Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend CO₂-Ausstoss lokal kompensieren - Beantwortung/Schlussbehandlung

Eingang der Interpellation

22. Oktober 2021

Mündliche Begründung im Stadtparlament durch den Interpellanten

11. November 2021

Beantwortungsfrist

11. Februar 2022

Antwort des Stadtrates

9. Dezember 2021

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss (SRB-Nr. 2021-263 vom 9. Dezember 2021 die schriftliche Antwort auf die zu Grunde liegende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Gemäss Art. 44 Abs. 5 GeschO STAPA findet über die Antwort des Stadtrates eine Diskussion statt. Das erstunterzeichnende Mitglied spricht zuerst.

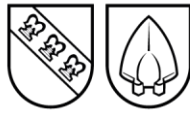
SCHLUSSERKLÄRUNG URHEBER

THOMAS HILDEBRAND, FDP

Der *Parlamentspräsident* erteilt das Wort Parlamentsmitglied Thomas Hildebrand, FDP.

Thomas Hildebrand, FDP, Mitglied des Stadtparlamentes, erläutert die Schwierigkeit, in der Schweiz CO₂ zu kompensieren. Auf Basis dieser Ausgangslage habe er auch seine Interpellation eingereicht. Dabei sei dem Interpellanten aufgefallen, dass es der Stadt Illnau-Effretikon während den vergangenen zehn Jahren offenbar gelungen sei, den CO₂-Ausstoss der städtischen Liegenschaften um einen Drittel zu senken. Diese positiv wirkenden Anstrengungen können mit den anstehenden Liegenschaftensanierungen und der Umsetzung der Energieplanung fortgeführt werden. Interessant sei auch der durch den Stadtrat erwähnte Aspekt, den städtischen Wirtschaftsförderer in den Prozess einzubeziehen. Er soll die Unternehmungen bei der Transformation in diesen Bereichen unterstützen.

Urheber Hildebrand zeigt sich mit den stadträtlichen Ausführungen zufrieden.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

WEITERE DISKUSSIONSREDNERINNEN UND -REDNER

UELI KUHN, SVP

Der Parlamentspräsident erteilt das Wort weiteren Rednerinnen und Rednern.

Ueli Kuhn, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, plädiert dafür, CO₂ einzusparen, es aber nicht zu kompensieren. Die «Zertifikatsgeschichte» sei ein Betrug an der Natur und diene nur dazu, sich ein reines Gewissen zu erkaufen. Es könne doch nicht angehen, dass Immobilienunternehmungen Waldstücke zusammenkaufen, um daraus den Zertifikatshandel zu speisen. Die CO₂-Problematik sei sehr wohl ein ernst zu nehmendes Thema. Momentan werde dieses aber nur für den Wahlkampf bewirtschaftet. Falls jemand etwas unternehmen möchte, soll er dies tun, beispielsweise mit dem Bau einer Photovoltaikanlage oder der Nutzung von Windkraft. Die blosser Nutzung eines Elektrofahrrades, dessen Akku letzten Endes ja ebenso durch Energie angetrieben wird, erlaube es dem Inhabenden noch nicht, zu behaupten, er bediene sich eines «grünen» Lebensstils. Die Scheinheiligkeit gewisser Leute oder Gruppierungen gehen dem Redner «geheurig auf den Senkel».

MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, bedankt sich bei Ueli Kuhn für dessen Votum. Den ersten Teil davon kann er unterstützen. Das im Vorstoss formulierte Ansinnen sei typisch schweizerischen Ursprungs. Selbstverständlich liessen sich Zertifikate erwerben und damit beispielsweise der Wald in der Mongolei aufforsten. Nur sei dies dem Klimasystem und der Natur absolut nicht dienlich. Das beste CO₂ sei jenes, das vermieden werden könne. CO₂-kompensierende Unternehmungen anzusiedeln, erachtet Maxim Morskoi als nicht zielführend. Schlussendlich müsse die Stadt mit ihrem guten Beispiel vorangehen. Die städtischen Liegenschaften würden mitunter den grössten Anteil des CO₂-Ausstosses auf sich vereinen. Die Liegenschaften seien alsbald energetischen Sanierungen zu unterziehen, um den Energieverbrauch zu reduzieren.

THOMAS HILDEBRAND, FDP

Thomas Hildebrand, FDP, Mitglied des Stadtparlamentes, stellt klar, dass seinem Anliegen nicht der Gedanke zu Grunde liege, Zertifikate im Ausland zu kaufen und damit CO₂ zu kompensieren. Allerdings sei zu bedenken, dass beispielsweise der Bau einer Biogasanlage mit grossem Aufwand in vielerlei Hinsicht verbunden sei. Solche Projekte seien allenfalls mit günstigen Darlehen unterstützenswert. In diese Richtung bestünde durchaus das eine oder andere Betätigungsfeld und Entwicklungspotenzial.

Der Parlamentspräsident fragt das Plenum im Rahmen der Diskussion nach dem Bedürfnis zu weiteren Voten an. Der Präsident stellt fest, wonach sich das Redebedürfnis erschöpft zu haben scheint.

Wie Art. 44 unter Abs. 6 der parlamentarischen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt von der Pendenzenliste.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Hochbau
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-2138

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.21

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Motionen

BETRIFFT

Motion Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz / Substantielles Protokoll

10. Geschäft 2021/150

Motion Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz - Begründung/Überweisung

VORSTOSS

Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 09.12.2021 nachfolgendes Motion bei der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ein (STAPA-Geschäft-Nr. 2021/150):

ANTRAG

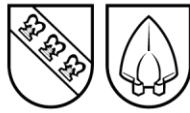
Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament eine Vorlage für ein Konzept zur Erstellung eines sicheren Velo- und Fussgängernetzes zu unterbreiten, das flächendeckend die verschiedenen Ortsteile verbindet. Für die Umsetzung dieses Konzepts ist dem Stadtparlament ein Rahmenkredit zu beantragen.

BEGRÜNDUNG

Illnau-Effretikon entwickelt sich und wächst weiter. Das Fuss- und Velonetz ist nur flickteppichartig über das Stadtgebiet verteilt. Der Mangel an gut markierten, sicheren und durchgängigen Velorouten führt Illnau-Effretikon zu gefährlichen Situationen. Es kommt immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen. Der Stadtrat hat am 1. Juli 2021 eine Verkehrs-Schwachstellenanalyse in Auftrag gegeben. Diese Erkenntnisse müssen so schnell wie möglich zur Sicherheit von allen umgesetzt werden.

Ein sicheres Fussgänger- und Velonetz führt zudem dazu, dass das Velo oder die eigenen Füsse vermehrt als Verkehrsmittel gewählt werden und dadurch der motorisierte Verkehr verringert werden kann. Das Velo ist ein gesundes, effizientes Fortbewegungsmittel, das laufend an Bedeutung gewinnt. Gerade seit Beginn der Corona-Pandemie ist ein Veloboom sichtbar. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil des Veloverkehrs – auch wegen des steigenden Anteils von E-Bikes – in den kommenden Jahren deutlich weiter zunehmen wird.

Von gut markierten, durchgängigen und sicheren Velowegen profitieren alle. Sie sind eine wichtige Voraussetzung, damit insbesondere Kinder und Jugendliche sicher in die Schule oder zu ihren Freizeitaktivitäten gelangen und Menschen mit Bewegungseinschränkungen sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

URHEBER:

Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes

MITUNTERZEICHNENDE:

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
David Gavin, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Stefan Hafen, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Regula Hess, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Felix Tuchschild, SP, Mitglied des Stadtparlamentes

EINGANG GESCHÄFTSLEITUNG:

09.12.2021

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Motion taxiert. Eine Überprüfung der Geschäftsleitung ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Motionen gemäss Art. 36 ff der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes GeschO STAPA gestellt werden, einzuhalten vermag.

PLENARDEBATTE

GEMEINDERAT KILIAN MEIER, CVP
MOTIONÄR/VORSTOSS-URHEBER

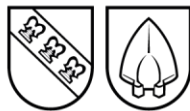
Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, begründet – auch namens der Mitunterzeichnenden – im Sinne von Art. 37 ff. GeschO STAPA den eingereichten Vorstoss, wobei die Urheberin ihr Referat mehrheitlich auf Basis des zu Grunde liegenden Motionstextes aufbaut. Neue bzw. weitere Fakten, die aus dem Text des Vorstosses nicht hervorgehen, ergeben sich inhaltlich insofern nicht.

Allerdings gibt *Brigitte Rösli, SP*, bekannt, dass sie diverse Diskussionen über ihren Vorstoss geführt habe. Dabei sei in ihr der Gedanke und Entscheid gereift, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Stadt scheine noch nicht bereit zu sein, um «Nägel mit Köpfen» zu machen.

Der nun gestützt auf Art. 37 Abs. 5 GeschO STAPA in ein Postulat gewandelte Vorstoss wird im Postulatsantrag in der Folge wie folgt formuliert:

«Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie er in den nächsten Jahren ein möglichst flächendeckendes, sicheres Velo- und Fussgängernetz, welches die verschiedenen Ortsteile verbindet, umsetzen kann.»

Die Postulantin begründet ihr Ansinnen anhand der eingereichten Formulierung und untermauert diese mit einer Präsentation. Sie weist insbesondere auf die engen Strassenverhältnisse und gefährliche Verkehrssituationen hin. Brigitte Rösli begrüsst die durch den Stadtrat in Auftrag gegebene Schwachstellenanalyse. Dazu seien aber möglichst bald Massnahmen abzuleiten. Abwarten stelle keine Option dar. Dies gelte auch für die Verkehrsplanung im Zentrum von Effretikon. Dabei sei die vorausschauende Planung von zentraler Bedeutung. Die Postulantin erinnert dabei an die ihres Erachtens missglückte Planung der behindertengerechten Bushaltestelle in Ottikon. Die gute und sichere Erschliessung der Naherholungsgebiete sei ebenso wichtig wie auch die Schaffung von klaren und überschaubaren Verhältnisse für alle Verkehrsteilnehmenden.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Der Parlamentspräsident bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 GeschO STAPA bekanntzugeben, ob er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.

ERKLÄRUNG DES STADTRATES

STADTRAT MARCO NUZZI, FDP

RESSORT HOCHBAU

Stadtrat Marco Nuzzi, FDP, gibt namens des Ressorts Hochbau und des Gesamtstadtrates bekannt, wonach dieser Bereitschaft signalisiere, den Vorstoss zur Entgegennahme zu empfehlen.

ALLGEMEINE DEBATTE

PAUL ROHNER, SVP

Paul Rohner, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, weist auf die gleichzeitig laufende Wahlpropaganda der Sozialdemokratischen Partei SP hin. Der Titel des Postulats mute vermeintlich sympathisch an; es werde wohl kaum jemand etwas gegen sichere Verkehrswege einzuwenden haben. Treffender wäre es im Sinne der Vorstossurheberin aber, ein Fahrverbot für den motorisierten Individualverkehr zu fordern. Leider sei eine solche Entwicklung in den letzten vier Jahren auch in Illnau-Effretikon zu spüren. Diese würde zur Abwanderung des Gewerbes und zur Behinderung der Rettungskräfte führen. Tempo reduzierende Verkehrshindernisse verlängern auch die Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs. Separate Fahrradwege würden zudem die Vernichtung von Kulturland zur Folge haben. Die bereits in Auftrag gegebene Verkehrsschwachstellenanalyse genüge. Paul Rohner erklärt, dass für die SVP-Fraktion weder eine Motion noch ein Postulat in dieser Sache notwendig sei.

ARIE BRUININK, GRÜNE

Arie Bruinink, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes, wünscht, dass die «weissen» Flecken beim Velowegnetz in Illnau-Effretikon geschlossen werden. Es sei sehr gut möglich, ein sicheres Velowegnetz neben einem sicheren Autowegnetz zu realisieren. Mit den steigenden Benzinpreisen wären einige Leute über sichere Fahrradwege froh. Arie Bruinink erklärt die Absicht der Grünen-Fraktion, das Postulat zur Überweisung zu unterstützen.

ROLAND WETTSTEIN, SVP

Roland Wettstein, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, nimmt Bezug auf die von Brigitte Rösli veranschaulichte Situation in Ettenhusen. Es bestünde dort eine Nebenstrasse für Fahrradfahrende von Ettenhusen nach Kyburg. Der Kanton Zürich habe die Hauptstrasse vor einigen Jahren sanieren lassen. Es erschliesse sich Roland Wettstein nicht, weshalb das Trottoir nicht durchgehend erstellt wurde. Roland Wettstein kann sich nicht vorstellen, dass die Stadt ein flächendeckendes Fahrradwegnetz unter den einzelnen Ortschaften bauen oder finanzieren könne. Dies sei Sache des Kantons Zürich.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

UELI KUHN, SVP

Ueli Kuhn, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, zeigt sich nicht mitleid- und einfühlsam, indem er als Landwirt und Traktorfahrer motorisiert unterwegs sei. Seine Sorge drehe sich denn auch vielmehr um das Kulturland und die Produktion der Lebensmittel. Radwege sollen gebaut werden, wo sie sinnvoll sind. Er appelliert daher an den Stadtrat, dafür bestehende Feldwege zu nutzen und nicht Kulturland dafür zu beanspruchen.

STEFAN EICHENBERGER, FDP/JLIE

Stefan Eichenberger, FDP/JLIE, Mitglied des Stadtparlamentes, teilt namens seiner Fraktion mit, dass die Schwachstellenanalyse die primären Ziele bereits verfolgt würden und der Vorstoss somit keinen zusätzlichen Mehrwert generiere. Dieser solle bloss für unnötige Betätigung des Bürokratie-Apparates. Die FDP/JLIE-Fraktion unterstütze in der Folge die Überweisung des Postulates nicht.

HANSJÖRG GERMANN, FDP/JLIE

Hansjörg Germann, FDP/JLIE, Mitglied des Stadtparlamentes, weist auf die Zusammenhänge zwischen CO₂, Asphalt und Petrochemie hin. Letztere erweise sich in ihrer Produktion und Nutzung als besonders CO₂-intensiv. Der umweltfreundliche Fahrradfahrende bewege sich auf Feldwegen und nicht auf dem Asphalt.

BEAT BORNHAUSER, GLP

Beat Bornhauser, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes, erachtet es falsch, das Fahrrad gegen das Auto auszuspielen. Es bestünden durchaus Lücken im Fahrradnetz. Dagegen sei etwas zu unternehmen. Die GLP-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulates, da ein veritables Problem zu lösen sei.

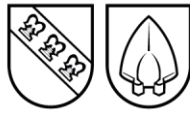
MATTHIAS MÜLLER, MITTE
ORDNUNGSANTRAG

Matthias Müller, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, möchte ebenso wenig die eine Thematik gegen die andere ausspielen. Das Beispiel des geplanten Radweges zwischen Illnau und Bisikon habe bei Müller Überraschungen hervorgerufen, als er erkannt habe, welche gestrenge Vorgaben für einen möglichen Bau gelten. Der Hinweis hinsichtlich des Kulturlandverbrauches sei daher verständlich.

Matthias Müller stellt augenblicklich den Ordnungsantrag auf einen Sitzungsunterbruch, damit sich die Fraktionen zur Beratung zurückziehen können.

ORDNUNGSANTRAG
BEMERKUNG DES PRÄSIDENTEN

Dem Parlamentspräsidenten ist bewusst, dass über gestellte Ordnungsanträge sofort zu befinden und die Verhandlungen bei deren Annahme zu unterbrechen seien. Angesichts der Zahl noch folgender Voten empfiehlt der Vorsitzende dennoch, erst dann über einen Sitzungsunterbruch abstimmen zu lassen, wenn weitere Rednerinnen und Redner ihre Sichtweise ebenso noch in die laufende Diskussion einbringen könnten. Der Antragsteller zeigt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

THOMAS HILDEBRAND, FDP/JLIE

Thomas Hildebrand, FDP/JLIE, Mitglied des Stadtparlamentes, erinnert an seine Motion zum Veloweg am Talgarten in Illnau. Damals hätten einige Parlamentsmitglieder gegen eine Überweisung gestimmt, welche vermutlich heute für die Überweisung des Postulats votieren werden. Thomas Hildebrand weist auf die notwendigen Projektgenehmigungen durch die kantonalen Instanzen hin. Er erachtet das heutige Velowegnetz in Illnau-Effretikon bereits als sehr gut ausgebaut. Selbstverständlich bestünde stets Verbesserungspotenzial.

MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE

Michael Käppeli, FDP/JLIE, Mitglied des Stadtparlamentes, beurteilt das Velowegnetz als passionierter Radfahrer im Kanton Zürich als gut. Sein Herz schwärme zwar für ein noch optimierteres Radnetz, er ersucht indes die GLP-Fraktion aber, den Antrag des Postulats erneut zu studieren. Sollte es darum gehen, auf Grundlage der Schwachstellenanalyse Massnahmen umzusetzen, würde sich dies als lösungsorientiert erweisen. Das Postulat fordere aber ein «flächendeckendes Velowegnetz» - koste es, was es wolle. Dies sei mitnichten finanzierbar und daher aus Sicht der angeschlossenen Fraktion nicht unterstützungswürdig.

RENÉ TRUNINGER, SVP

René Truninger, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, meint zu wissen, dass die Breite von Lastwagen normiert sei und diese nicht zusehends mehr Raum der Verkehrsfläche beanspruchen würden. Und letztendlich würden auch Elektrofahrräder in ihrer Geschwindigkeit nicht mehr schneller. Die Parameter seien gesetzt. Die Resultate der Studie über die Schwachstellen würde wohl bald publiziert. Es gäbe keinen Sinn, nun flächendeckende Massnahmen zu fordern. Es sei lediglich an den besonders heiklen Stellen nachzubessern.

ANNINA ANNAHEIM, SP

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, weist darauf hin, dass im Postulat ein möglichst flächendeckendes und nicht ein vollständig flächendeckendes Velowegnetz gefordert werde. Das Postulat beabsichtige lediglich, dem Stadtrat einen Prüfauftrag zu erteilen. Er möge dabei die Situation analysieren. Von einer Entscheidung über konkret zu vollziehende Massnahmen habe niemand gesprochen.

ORDNUNGSANTRAG

ABSTIMMUNG

Der Parlamentspräsident lässt über den Ordnungsantrag von *Matthias Müller, Mitte*, zur Unterbrechung der Sitzung für die Dauer von zehn Minuten abstimmen. Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt. Die Sitzung wird unterbrochen.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Brigitte Rööslī, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, gibt nach Wiederaufnahme der Verhandlungen bekannt, dass sie ihren Postulatsantrag erneut wie folgt anpasse:

«Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie er in den nächsten Jahren ein ~~möglichst flächendeckendes~~, sicheres Velo- und Fussgängernetz, welches die verschiedenen Ortsteile verbindet, umsetzen kann.»

ROMAN NÜSSLI, SVP

Roman Nüssli, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, hat Kenntnis davon, wonach die Schwachstellenanalyse beim Forum21 nun abgeschlossen sei. Aktuell sei gemäss den Informationen, die das Forum21 auf dessen Webseite publiziert hatte, ein Ingenieurbüro im Begriff, Massnahmen aufzuzeigen. Für Roman Nüssli scheint das Postulat obsolet.

Der *Parlamentspräsident* stellt die erschöpfte Diskussion fest. Er lässt über die Überweisung des abgeänderten Postulats an den Stadtrat abstimmen. Das Ergebnis vereint je 17 Stimmen für und gegen die Überweisung. Bei einer Patt-Situation fällt der definitive Entscheid gestützt auf Art. 77 Abs. 1 GeschO StaPa dem Parlamentspräsidium mit seinem Stichentscheid zu. Der Vorsitzende stimmt für die Überweisung, und begründet dies mit dem Bedarf nach konzeptionellen Überlegungen für ein verbindendes Velo- und Fussgängerwegnetz.

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

1. Der von der Motion zum Postulat gewandelte Vorstoss von Brigitte Rööslī, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnenden, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz, wird dem Stadtrat zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.
Der überwiesene Prüfauftrag lautet wie folgt:
Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie er in den nächsten Jahren ein sicheres Velo- und Fussgängernetz, welches die verschiedenen Ortsteile verbindet, umsetzen kann.
2. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament eine Vorlage in Anwendung von Art. 38 Ziff. 1 GeschO STAPA innert 12 Monaten, spätestens bis 10. März 2023, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.



PROTOKOLL

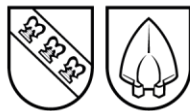
SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Abteilung Tiefbau
 - b. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Von 34 stimmberechtigten anwesenden Parlamentsmitgliedern, stimmten 17 Personen für und 17 Personen gegen die Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates. Bei einer Patt-Situation entscheidet das Parlamentspräsidium gestützt auf Art. 77 Abs. 1 GeschO StaPa mit seinem Stichentscheid. Der Parlamentspräsident sprach sich dabei für die Überweisung des Postulates mit obgenanntem Wortlaut aus.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Tiefbau
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-2139

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.22

GEMEINDEORGANISATION

Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)

Postulate

BETRIFFT

Postulat Peter Vollenweider, Mitte, und ein Mitunterzeichnender, betreffend Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Illnau / Substantielles Protokoll

11. Geschäft-Nr. 2021/151

Postulat Peter Vollenweider, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Illnau - Begründung/Überweisung

VORSTOSS

Peter Vollenweider, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 09.12.2021 nachfolgendes Postulat bei der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ein (STAPA-Geschäft-Nr. 2021/151):

ANTRAG

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Illnau gebaut werden kann, welcher den Bedürfnissen von Kindern unterschiedlicher Altersklassen entspricht und dem Erfordernis eines ausgewogenen Spielangebots ausreichend Rechnung trägt.

BEGRÜNDUNG

Die verschiedenen Kinderspielplätze in Unter-Illnau (beim Rössli, Talgartenstrasse, ehemaliger Kindergarten Haldenrain) sind entweder gesperrt oder entsprechen in keiner Art und Weise einem einigermaßen freundlichen Ambiente und verfügen auch nicht über eine angemessene Anzahl von Spielgeräten. Auch sind Spielplätze zum Teil schlecht unterhalten oder verwahrlost und können damit die Ansprüche von Kindern im Vorschul- wie Primarschulalter leider nicht abdecken. Ein Spielplatz soll auch für Eltern, Grosseltern etc. ein Begegnungsort sein für Gespräche und Kommunikation. Die Längg-Spielwiese (wird praktisch nicht mehr gebraucht), könnte allenfalls in einen Kinderspielplatz und einer verkleinerten «Tschuttiwiese» umgebaut werden. Das jährliche Fussballturnier findet nicht mehr auf der Längg-Tschuttiwiese statt und bietet Platz für einen sicher besser genutzten Kinderspielplatz und Familien-Treffpunkt!

In der weiteren Umgebung z.B. Volketswil, Pfäffikon, Fehraltorf, Weisslingen, Tagelswangen finden sich sehr gut ausgebaute Kinderspielplätze, nur in Unter-Illnau ist dies leider nicht der Fall.

Wir bedanken uns schon jetzt für eine umfassende Analyse und einen entsprechenden Vorschlag.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

URHEBER: Peter Vollenweider, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes

MITUNTERZEICHNENDE: Matthias Müller, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes

EINGANG GESCHÄFTSLEITUNG: 09.12.2021

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung der Geschäftsleitung des Stadtparlaments ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 41 ff der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes GeschO STAPA gestellt werden, einzuhalten vermag.

PLENARDEBATTE

PETER VOLLENWEIDER, MITTE
VORSTOSS-URHEBER

Peter Vollenweider, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, begründet seinen Vorstoss gestützt anhand der eingereichten Formulierung und untermauert diese mit einer Präsentation von nach seinem Befinden gelungenen Spielplätzen in der Region. Zudem zeigt er Beispiele eher karger Spielplätze aus Illnau. Als Grossvater, der oft mit seinen Enkelkindern unterwegs ist, kenne er das Bedürfnis nach Spielplätzen und Begegnungsorten für Eltern und Grosseltern. Der Bedarf sei nicht neu und das Thema habe ebenso schon auf der politischen Agenda gestanden. Als möglichen Standort für einen Spielplatz erwähnt der Postulant die «Tschuttiwiese» in der Längg.

ERKLÄRUNG DES STADTRATES

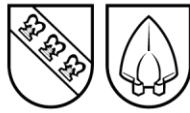
STADTRAT SAMUEL WÜST, SP
RESSORT GESELLSCHAFT

Stadtrat Samuel Wüst, SP, gibt namens des Ressorts Gesellschaft und des Gesamtstadtrates bekannt, wonach dieser Bereitschaft signalisiere, den Vorstoss zur Entgegennahme zu empfehlen.

ALLGEMEINE DEBATTE

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, teilt namens der SVP-Fraktion das Anliegen des Postulates im Grundsatz. In Illnau mangle es an öffentlichen Begegnungsplätzen. Der künftige Dorfplatz würde dazu ein entsprechendes Angebot bieten. Bei einer allfälligen Überweisung des Postulates wünsche sich die SVP seitens des Stadtrates, dass er Synergien mit bestehenden Projekten nutze – auch mit solchen von privaten Investoren. Es biete sich beispielsweise an, einen Begegnungsort bei der in Planung befindenden Überbauung Gupfen vorzusehen. Auf diese Weise wären in Illnau Begegnungsorte und -plätze ideal verteilt. Die SVP-Fraktion empfiehlt, das Postulat zu überweisen; in der Hoffnung, dass der Stadtrat sich einer weitsichtigen Planung bediene.



PROTOKOLL

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

ANNINA ANNAHEIM, SP

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, präsentiert die selbstverständliche Zustimmung der SP-Fraktion zur Idee eines Spielplatzes. Sie erklärt, dass bei ihr der Vorstoss aber den faden Beigeschmack einer Klientelbewirtschaftung und von Eigeninteressen erzeuge. Sehr gut ausgebauten Spielplätze fehlten nämlich nicht nur, wie im Postulat beschrieben, in Unterillnau, sondern auch auf dem übrigen Stadtgebiet. Sie hätte sich darum eine breitere Formulierung des mit dem Postulat verbundenen Prüfauftrages gewünscht. Annina Annaheim erhofft sich vom Stadtrat nicht nur ein Projekt mit einer Minimalvariante, sondern einen richtigen «tollen» Spielplatz, angereichert mit «guter» Infrastruktur. Bei der Planung sollte man die künftigen Nutzenden einbeziehen. Über attraktive Spielplätze würden sich zudem bestimmt auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Aussenwachen freuen.

LUKAS MORF, JLIE

Lukas Morf, JLIE, Mitglied des Stadtparlamentes, zeigt sich überzeugt, dass ein attraktiver Spielplatz einen grossen Mehrwert für Unterillnau bedeute. Eine solche Anlage fördere auch die Sozialkompetenz und Entwicklung der Kinder. Die Spielgeräte müssen sich derweil stets in einem guten Zustand befinden. Das Postulat nehme erfreulicherweise auch den Aspekt des Begegnungsortes für Erwachsene auf. Absprachen mit privaten Investoren seien unerlässlich. Die FDP-/JLIE-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulates an den Stadtrat

Der *Parlamentspräsident* stellt die erschöpfte Diskussion fest und leitet das Abstimmungsverfahren zur Frage der Überweisung des Postulates ein.

ABSTIMMUNG

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

1. Das Postulat von Peter Vollenweider, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes und einem Mitunterzeichnenden, betreffend Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Ilknau, wird dem Stadtrat zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament eine Vorlage in Anwendung von Art. 43 Ziff. 1 GeschO STAPA innert 12 Monaten, spätestens bis 10. März 2023, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Gesellschaft
 - b. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

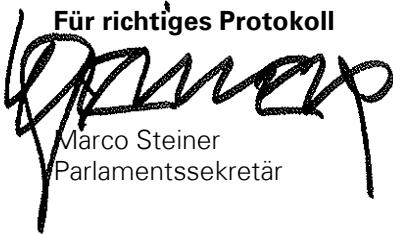
SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

Obgenannter Beschluss erfolgte mit Einstimmigkeit.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Gesellschaft
- Abteilung Tiefbau
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)

Für richtiges Protokoll



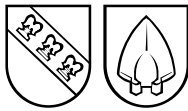
Marco Steiner
Parlamentssekretär

UNTERSCHRIFTEN

PRÄSIDIUM



Kilian Meier
Parlamentspräsident



BESCHLUSS

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1723
GESCH.-NR. GGR 2021/144
BESCHLUSS-NR. 2022-113
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **04** **BAUPLANUNG**
04.12 **Finanzielles, Kredite, Beiträge (beauftragtes Planungsbüro s. 4.00)**

BETRIFFT **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Abrechnung zum 4. Rahmenkredit für die Stadtentwicklung**

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND NACH EINSICHTNAHME IN DEN BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

BESCHLIESST

GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 5 DER GEMEINDEORDNUNG:

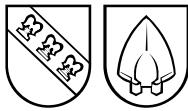
1. Die Schlussabrechnung für den 4. Rahmenkredit Stadtentwicklung, mit Ausgaben von Fr. 392'599.65 zu Lasten der Investitionsrechnung, HRM1 Konto-Nr. 400.5810.13 und HRM2 Projekt-Nr. 4020.5290.001, und Minderkosten von Fr 7'400.35 gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 400'000.- wird genehmigt
2. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
3. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
4. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Hochbau
 - b. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (dreifach)

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Kilian Meier
Parlamentspräsident

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 11.03.2022



BESCHLUSS

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1720
GESCH.-NR. GGR 2021/148
BESCHLUSS-NR. 2022-114
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **28** **LIEGENSCHAFTEN, GRUNDSTÜCKE**
28.03 **Einzelne Liegenschaften und Grundstücke in eD alph**
28.03.23 **Geschäftshäuser**

BETRIFFT **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Zusatzkredites für die Mehrjah-
resplanung Rössli Illnau (zum 1. Rahmenkredit)**

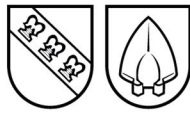
DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND NACH EINSICHTNAHME DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

BESCHLIESST

GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 5 DER GEMEINDEORDNUNG

1. Für die Umsetzung der Phase 2020 – 2023 im Rössli, Illnau, wird ein Zusatzkredit von Fr. 400'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Projekt-Nr. 4200.5040.163, bewilligt. Die Kreditsumme erhöht bzw. reduziert sich allenfalls um die Mehr-/Minderkosten, welche durch die Bauteuerung, von der Erstellung des Kostenvoranschlags bis zur Ausführung, entstehen. Als Stichtag gilt der 1. Oktober 2021.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Das Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung über die Beschlüsse kann gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. a des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) i.V.m. Art. 15 Ziff. 2 Gemeindeordnung von 300 Stimmberechtigten innert 60 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung oder gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. b GPR von einem Drittel der Mitglieder des Stadtparlamentes innert 14 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Beschlussfassung schriftlich beim Stadtrat eingereicht werden.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.



BESCHLUSS

VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-1720

BESCHLUSS-NR. 2022-114

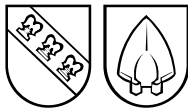
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Abteilung Finanzen
 - b. Abteilung Hochbau
 - c. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (dreifach)

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Kilian Meier
Parlamentspräsident

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 11.03.2022



BESCHLUSS

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2020-1372
GESCH.-NR. GGR 2020/109
BESCHLUSS-NR. 2022-115
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **16** **GEMEINDEORGANISATION**
16.04 **Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)**
16.04.22 **Postulate**

BETRIFFT **Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Palliativ-Care und deren Finanzierung in den Alters- und Pflegeinstitutionen auf Stadtgebiet**

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 43 DER GESCHÄFTSORDNUNG DES STADTPARLAMENTES

BESCHLIESST:

1. Der Bericht des Stadtrates zum Postulat von Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, betreffend Palliativ-Care und deren Finanzierung in Alters- und Pflegeinstitutionen auf Stadtgebiet, wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Brigitte Rösli, Mitglied des Stadtparlamentes, Schlimpergstrasse 20, 8307 Effretikon
 - b. Abteilung Gesellschaft
 - c. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Kilian Meier
Parlamentspräsident

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 11.03.2022



Stadthaus
Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
praesidiales@ilef.ch
www.ilef.ch
facebook.com/stadtilef



BESCHLUSS

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-2138
GESCH.-NR. GGR 2021/150
BESCHLUSS-NR. 2022-116
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **16 GEMEINDEORGANISATION**
16.04 Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)
16.04.21 Motionen

BETRIFFT **Postulat Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz**

AUSGANGSLAGE

Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, reichten mit Schreiben vom 9. Dezember 2021 einen zunächst als Motion formulierten Vorstoss bei der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ein (STAPA-Geschäft-Nr. 2021/150):

URSPRÜNGLICHER MOTIONS-AUF- BZW. ANTRAG

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament eine Vorlage für ein Konzept zur Erstellung eines sicheren Velo- und Fussgängernetzes zu unterbreiten, das flächendeckend die verschiedenen Ortsteile verbindet. Für die Umsetzung dieses Konzepts ist dem Stadtparlament ein Rahmenkredit zu beantragen.

UMWANDLUNG IN EIN POSTULAT MIT NEUEM WORTLAUT

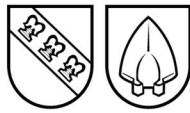
Motionen werden im Rahmen ihrer erstmaligen Traktandierung im Parlament persönlich durch die Urheberin begründet, bevor das Parlament über die Überweisung des Vorstosses zu Händen des Stadtrates zur Berichterstattung bzw. Erfüllung entscheidet.

Anlässlich der Begründung durch die Urheberin im Plenum des Stadtparlamentes, an dessen Sitzung vom 10. März 2022, wandelte die Vorstossverfasserin die vormalige Motion gestützt auf Art. 37 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes (IE 100.02.01; GeschO StaPa) in ein Postulat um.

Der Wortlaut des Antrages lautet nun wie folgt:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie er in den nächsten Jahren ein sicheres Velo- und Fussgängernetz, welches die verschiedenen Ortsteile verbindet, umsetzen kann.

Von 34 stimmberechtigten anwesenden Parlamentsmitgliedern, stimmten 17 für, 17 gegen die Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates. Bei einer Patt-Situation entscheidet das Parlamentspräsidium gestützt auf Art. 77 Abs. 1 GeschO StaPa mit seinem Stichentscheid. Der Parlamentspräsident sprach sich dabei für die Überweisung des Postulates mit obgenanntem Wortlaut aus.



BESCHLUSS

VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-2138
BESCHLUSS-NR. 2022-116

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

1. Der von der Motion zum Postulat gewandelte Vorstoss von Brigitte Rösli, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnenden, betreffend Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz, wird dem Stadtrat zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.

Der überwiesene Prüfauftrag lautet wie folgt:

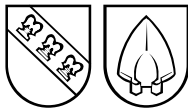
Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie er in den nächsten Jahren ein sicheres Velo- und Fussgängernetz, welches die verschiedenen Ortsteile verbindet, umsetzen kann.
2. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament eine Vorlage in Anwendung von Art. 38 Ziff. 1 GeschO STAPA innert 12 Monaten, spätestens bis 10. März 2023, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Tiefbau
 - b. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Kilian Meier
Parlamentspräsident

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 11.03.2022



BESCHLUSS

SITZUNG VOM 10. MÄRZ 2022

GESCH.-NR. 2021-2139
GESCH.-NR. GGR 2021/151
BESCHLUSS-NR. 2022-117
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **16** **GEMEINDEORGANISATION**
16.04 **Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)**
16.04.22 **Postulate**

BETRIFFT **Postulat Peter Vollenweider, Mitte, und ein Mitunterzeichnender, betreffend Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Illnau**

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

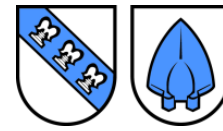
1. Das Postulat von Peter Vollenweider, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes und einem Mitunterzeichnenden, betreffend Kinderspielplatz / Begegnungsort in Unter-Illnau, wird dem Stadtrat zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament eine Vorlage in Anwendung von Art. 43 Ziff. 1 GeschO STAPA innert 12 Monaten, spätestens bis 10. März 2023, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Gesellschaft
 - b. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Kilian Meier
Parlamentspräsident

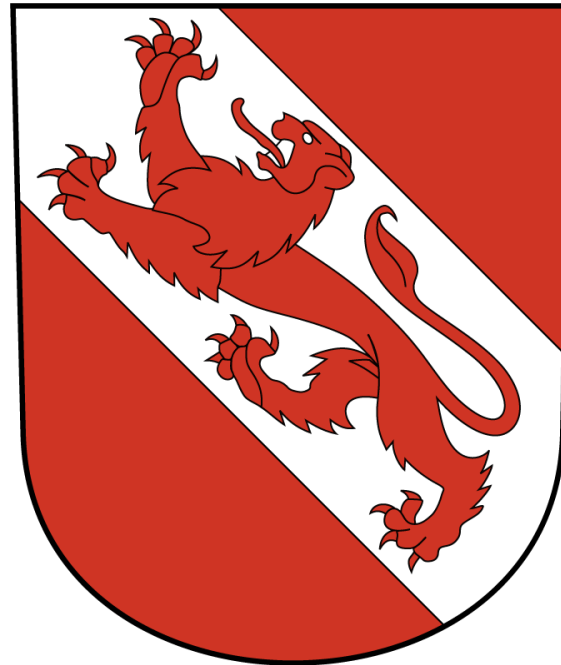
Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 11.03.2022



DV BEZIRKSSCHÜTZENVERBAND PFÄFFIKON

ILLNAU, 4. MÄRZ 2022





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ILLNAU-EFFRETIKON/LINDAU

Projektions-Präsentation zu
Traktandum 10 / Beilage 2
Motion Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend
Konzept sicheres Velo- und Fussgängernetz
Votum Parlamentsmitglied Brigitte Rösli, SP





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ILLNAU-EFFRETIKON/LINDAU





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ILLNAU-EFFRETIKON/LINDAU





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ILLNAU-EFFRETIKON/LINDAU





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ILLNAU-EFFRETIKON/LINDAU

